

PARLAMENTSREPORT



Sachsen in der Schwebel – wie geht's weiter?

Liebe Leserinnen und Leser,

am Beispiel Siemens kann jede und jeder erkennen, was den Kapitalismus ausmacht: Der Konzern verkündet einen Rekordumsatz von mehr als 80 Milliarden Euro, aus dem sich ein Gewinn nach Steuern von über sechs Milliarden Euro ergibt. Trotzdem sind in Sachsen mehr als 1.000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Gefahr, die dringend gebraucht werden – insbesondere in der Region Görlitz, aber auch in Leipzig.

Siemens will nicht nur sein Kompressorenwerk in Leipzig-Plagwitz dichtmachen, sondern auch die traditionsreiche Turbinenfabrik in Görlitz. Sie produziert schon seit 1990 nicht mehr für Kraftwerke, die fossile Brennstoffe nutzen, sondern hat sich auf Industrieturbinen spezialisiert. Die arbeiten etwa in Solarkraftwerken und Papierfabriken.

Ich habe mit vielen Beschäftigten und Fraktionskollegen in Görlitz gegen die Schließungspläne des Konzerns demonstriert. Unter dem Stellenabbau würden nicht diejenigen leiden, die vernünftige Managemententscheidungen zu spät oder gar nicht treffen. In Gefahr ist die Existenz jener werktätigen Menschen, ohne die Siemens nicht erfolgreich sein könnte. Ja: Ohne die kein Unternehmen erfolgreich sein könnte. Ich will mir nicht ausmalen, wie das die Familien der Beschäftigten in den Werken und in der Zulieferindustrie belastet, nicht nur an den Weihnachtsfeiertagen.

Deshalb muss der öffentliche Druck für einen Erhalt der Siemens-Standorte in Sachsen erhöht werden. Wir unterstützen die Proteste vor Ort und machen zugleich Druck auf der landespolitischen Ebene. Für die Landtagssitzung am 13. Dezember haben wir eine Debatte zu den Siemens-Entscheidungen beantragt.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Im Dezember 2017 endet die Ära Tillich. Wahrscheinlich beginnt die Zeit seines Wasserträgers Michael Kretschmer. Wie lange sie währen wird, ist offen. Klar ist nur, dass unklar ist, was Kretschmer sich vorgenommen hat. Wie er das Kabinett umbildet wird auch darüber entscheiden, welche Finanzpolitik die „Staatspartei“ künftig verfolgt. Da ist der CDU-interne Streit um die Lehrkräfteverbeamtung nur ein Nebenschauplatz. Die Frage lautet: Rechnet sich der Freistaat weiter künstlich arm, stopft er am Parlament vorbei Milliarden in Rücklagen, lässt die Kommunen finanziell verdorren? Dann würden die nachfolgenden Generationen noch mehr draufzahlen.

Finanzminister Unland hat immer größere Mühe, die sprudelnden Steuergeld-Quellen in politischen Sorgenfalten zu versenken. Wird nun investiert, und zwar nicht nur in Beton, sondern in Köpfe? Damit der Staat wieder handlungsfähig wird?

Es ist keine Privatangelegenheit von Tillich und Kretschmer, Auswege aus der Misere zu finden. Die Linksfraktion drängt auf Lösungen. Die Debatte darüber gehört auch und vor allem ins Parlament. Zur November-Sitzung beantragten wir deshalb eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Denn auch wenn der bald anders heißt, muss die Regierung endlich handeln. Genug Lehrkräfte müssen her.

Überall muss das Wohnen bezahlbar und barrierefrei sein. Busse und Bahnen müssen auch auf dem Land verlässlich und zu einheitlichen Tarifen rollen. Ärzte und Krankenhäuser müssen uns alle gut versorgen können. Die Netzanbindung muss überall schneller werden. Polizei, Justiz und Strafvollzug müssen die öffentliche Sicherheit besser gewährleisten können. Die Demokratie muss gestärkt, die extreme Rechte zurückgedrängt werden. Die ostdeutsche Bevölkerung darf nicht länger benachteiligt werden.

Tillich selbst war nicht da, er verhandelte mit chinesischen Kommunisten über wirtschaftliche Zusammenarbeit. **LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt** kritisierte diese Reiseplanung hart: „In der Regel tagt das Parlament an zwei Tagen im Monat. Die Reise der Staatsregierung beginnt genau am Tag der Plenarsitzung. Es ist eine bodenlose Frechheit, wie hier mit dem Parlament umgegangen wird!“ Kein anderes Kabinettsmitglied gab eine Erklärung der Regierung ab.

Gebhardt mahnte: „Das Land steckt in einer schweren politischen Krise. Es braucht eine handlungsfähige Regierung. Die innerparteilichen Querelen in der CDU dürfen nicht über dem Wohl des Landes stehen. Deswegen muss die Landesregierung sofort umgebildet werden und nicht erst im Dezember.“ Tillich habe Recht, wenn er sage: „Für

eine gute Zukunft Sachsens sind auch neue Antworten wichtig. Es braucht den Mut, gewohnte Bahnen zu verlassen.“ Allerdings kann er die CDU-Fraktion nicht gemeint haben. Deren Chef Frank Kupfer beeilte sich festzustellen: „Wenn wir jetzt eine 180-Grad-Wende machen würden, dann hieße das, wir haben 27 Jahre die falsche Politik gemacht. Das haben wir aber nicht.“ Tillich habe nun, so Gebhardt, scheinbar Verantwortung übernommen, und seine Partei meine deshalb, sie könne einfach weitermachen – also die Regierung nicht kontrollieren oder sie antreiben, sondern all ihre Entscheidungen prinzipiell mittragen.

Sachsen brauche einen echten Neuanfang, so Gebhardt. Der sei mit Michael Kretschmer unmöglich. Der Freistaat sei trotz aller CDU-Proklamationen weit davon entfernt, allen gleichwertige Lebensverhältnisse zu bieten. „Die Staatsregierung verfügt über keine schlüssige Gesellschaftsperspektive, die über das Dogma von der Selbstregulierung durch die Märkte und die Politik des Zurückschneidens des Staates zugunsten des Marktes, den Abbau der Staatsverschuldung durch Senkung der Staatsausgaben, hinausweist.“ Die Christdemokraten müssten ihren Alleinvertretungsanspruch endlich aufgeben, die Zivilgesellschaft zum Zuge kommen lassen. Das wäre tatsächlich der Beginn einer neuen Ära.

Eine Krankenkasse für alle!

Es gibt ein Rezept gegen zu hohe Krankenkassen-Beiträge: eine solidarische gesetzliche Krankenversicherung für alle. Im ersten Schritt sollen Beamte, Selbstständige und Freiberufler dorthin wechseln. Die Linksfraktion will die Staatsregierung beauftragen, in Berlin darauf hinzuwirken (Drucksache 6/8129). „Laut der Bertelsmann-Stiftung, die linker Umtriebe unverdächtig ist, ließ en sich neun von zehn Beamten gesetzlich versichern“, so die **LINKE Gesundheits- und Sozialpolitikerin Sprecherin Susanne Schaper**. Horrorszenerien, die öffentliche Hand müsse dann hohe Krankenkassenbeiträge zahlen, seien unredlich. Denn es würden weniger Beihilfen fällig.

Es sei kein Wunder, dass die Privaten Krankenversicherungen gegen solche Pläne Sturm laufen. Schließlich bedrohen sie ihr Geschäftsmodell. Es sollte allerdings vor allem darum gehen, alle Menschen hochwertig medizinisch zu versorgen. „Bei der Privaten Krankenversicherung, für die das Risiko Gesundheit ein Geschäft sein muss, gerät das schnell ins Hintertreffen“, so Schaper. Es müsse Schluss sein mit der Rosinenpickerei und unnötigen Verwaltungsausgaben, die durch die zersplitterte Kassenlandschaft entstehen.

Die gesetzliche Krankenversicherung überstand Weltkriege und Wirtschaftskrisen, weil sie nicht den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt ist. Bei ihrer Einführung 1883 ging es dem von der Sozialdemokratie geängstigten Kaiser vor allem darum, Arbeiter im Krankheitsfall abzusichern. Bis heute sind die Träger verpflichtet, auch chronisch Kranke aufzunehmen. „Die private Krankenversicherung als Finanzgeschäftsmodell ist hingegen höchst unsolidarisch. Unattraktive Gesundheitsrisiken können ausgeschlossen

werden, und mit zunehmendem Alter steigen die Beiträge“, warnt die Gesundheitspolitikerin. Das Geschäftsmodell der Privaten wackle ohnehin, weil seit 2012 mehr Versicherte aussteigen als hinzukommen und die Finanzmärkte zu geringe Anlagezinsen hergeben.

Luise Neuhaus-Wartenberg, Sprecherin für Handwerk und Mittelstand, wies auf besondere Probleme hin. „Eine große Gruppe der Selbstständigen sitzt in der Falle.“ Wer, vor allem im Osten, nach 1989 im höheren Alter den Schritt in die Selbstständigkeit wagen musste, sei wegen damals niedriger Beiträge oft in die private Krankenversicherung gegangen. Nun erzielen viele geringe Renten, und die Beiträge steigen stark. Tarife oder Anbieter lassen sich praktisch nicht mehr wechseln, der Weg in die gesetzliche Krankenversicherung ist versperrt. „Diesen Menschen bleibt nur, den Umfang der Leistungen zu reduzieren, Selbstbeteiligungen zu erhöhen, obwohl sie immer

stärker auf Versicherungsleistungen angewiesen sind. Im schlimmsten Fall verlieren sie den Versicherungsschutz.“ Auch wer selbstständig und freiwillig gesetzlich versichert sei, gerate schnell mit den Beiträgen in den Rückstand. Die würden nach Regeln der westdeutschen Arbeitswelt des vorigen Jahrhunderts und anhand hoher fiktiver Einkommen berechnet. Die tatsächlichen Einkünfte seien oft niedriger und schwanken. „Nötig sind passgenaue Kriterien der Beitragsbemessung“, so Neuhaus-Wartenberg.

Eine solidarische Versicherung gewährt allen die nötigen Leistungen, während alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Dazu müssten alle Einkommensarten, auch Kapitaleinkünfte, herangezogen werden und die „Beitragsbemessungsgrenze“ von 4.350 Euro im Monat fallen, von der nur Besserverdienende profitieren. Die Kasse für alle hätte eine breitere Einnahmebasis – die Beiträge könnten sinken.



Bild: Techniker Krankenkasse / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Endzeitstimmung im Justizvollzug

Bei Haftstrafen geht es nicht in erster Linie darum, Menschen wegzusperren. Die meisten kommen wieder raus – und sollen nicht wieder Gesetze verletzen. Das erspart uns allen Folgekosten und schafft mehr Sicherheit. Dieses Resozialisierungsziel wird in Sachsen aber nicht sicher erreicht, denn die CDU hat den Justizvollzug beinahe zum Kollabieren gebracht. Acht der zehn Justizvollzugsanstalten sind im geschlossenen Vollzug überbelegt, viele Bedienstete oft krank, zehntausende Überstunden aufgelaufen. Lockerungen und Therapieangebote, Sport oder Aufschlüsse werden reduziert. Die sind, wie gesagt, keine „Kuschelei“ mit Verbrechern, sondern tragen dazu bei, dass Gefangene später gesetzestreu leben.

Der Justizvollzug verfehlt seinen Resozialisierungsauftrag immer öfter. Gleichzeitig häufen sich Gewalttätigkeiten unter Gefangenen und gegenüber Bediensteten, die Gefahr für Revolten steigt. Besonders heikel ist

die Lage in der JVA Chemnitz: Unlängst traten 40 Gefangene in den Sitzstreik, weil die Aufschlusszeiten auf zwei 3/4-Stunden täglich gekürzt wurden. Anstatt den Ernst der Lage zu erkennen, nimmt die CDU-geführte Regierung hin, dass sie schlimmer wird: Für 90 neue Haftplätze, die im Frühjahr in Chemnitz hinzukommen, bewilligt das Justizministerium keine einzige Stelle!

Die Linksfraktion hat das Thema im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt. Für den **rechtspolitischen Sprecher Klaus Bartl** ist es „nicht akzeptabel, dass Gefangene zwanzig Stunden pro Tag allein in ihrer Zelle hocken, oder dass sie nach einem harten Arbeitstag in den Eigen- oder Unternehmensbetrieben der JVA nicht duschen können, weil die Aufschlusszeit endet.“ Auch die Bediensteten litten unter den Zuständen. Ihnen werde jede Chance genommen, mit besonderen Anforderungen umzugehen. „Die entstehen etwa durch den gewachsenen Anteil von Gefangenen mit Migrati-

onshintergrund, beginnend bei Sprachbarrieren, aber auch durch Gefangene, die zum Beispiel wegen Terrorismus verurteilt oder einer solchen Tat verdächtig sind. Hinzu kommen ständig wachsende Verhaltensauffälligkeiten wegen Drogenabhängigkeit oder psychotischer Zustände.“

Trotz alledem benenne die CDU den Justizvollzug nicht als Schwerpunkt für den neuen Landeshaushalt. Die Bediensteten würden „weiter gnadenlos verschlissen“, bei ihnen herrsche „nahezu Endzeitstimmung“.

Der Ministerpräsident als Hauptverantwortlicher muss mit dem gesamten Kabinett gegensteuern: Mehr Stellen in den Justizvollzug! Besoldung verbessern! Entlastungen wären auch möglich, wenn mehr Gefangene in den offenen Vollzug verlegt würden, der weniger Betreuung erfordert. Das gilt vor allem für Häftlinge, die Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen, etwa für mehrmaliges Schwarzfahren.

Mehr Geld und Freiheit für Kulturräume

Das Kulturraumgesetz legt fest, wie Kunst und Kultur vom Freistaat mitfinanziert werden. Es definiert fünf ländliche und drei städtische Kulturräume, die eigene Verwaltungsorgane haben. Obwohl das Konzept an sich innovativ ist, hakt es an vielen Stellen. CDU und SPD versprochen deshalb schon vor Jahren Veränderungen. Zwei Jahre lang herrschte Baustopp, bis die Linksfraktion schließlich einen eigenen, lange mit Kulturschaffenden diskutierten Entwurf vorlegte. Und siehe da, einen Tag vor der relevanten Landtagsitzung stellte die Koalition ein eigenes Papier vor.

*„Erstaunt“ hat das den **LIN-KEN-Kulturpolitiker Franz Sodann**, der allerdings kritisiert, dass die beiden Parteien nur einen Minimalkonsens zustande gebracht haben. Seiner ursprünglichen Aufgabe, einen „flexiblen Rahmen für eine innovative Entwicklung der Kultur“ zu bilden, werde das Kulturraumgesetz kaum noch gerecht. Grundprobleme blieben ungelöst: „Für die Kulturräume gibt es kein zusätzliches Geld vom Freistaat. Es ist zynisch, diese Unterfinanzierung gesetzlich festzuschreiben und das Ganze als Planungssicherheit zu verkaufen.“ Auch ändere sich nichts an Haustarifverträgen, die viele Künstlerinnen und Künstler an Theatern und in Orchestern um bis zu ein Drittel ihres Einkommens bringen. Noch immer arbeiteten die Lehrkräfte an Musikschulen, in Museen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und weiteren durch die Kulturräume geförderten Einrichtungen teils zu unzumutbaren Konditionen. Auch würden die Landesbühnen weiter aus Kulturraummitteln bezuschusst – eigentlich müsste der Freistaat das direkt bezahlen.*

Die Linksfraktion will die Kulturräume weiterentwickeln (Drs 6/11224), die künstlerische und kulturelle Infrastruktur schützen. Dazu gehören Museen, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren, Theater, Orchester, freie Projekte. Wir schlagen unter anderem vor, die Selbstorganisation der Kulturräume auszubauen. Die Kulturkonvente sollen mehr stimmberechtigte Mitglieder bekommen, die gesellschaftliche Interessen besser abbilden. Der Freistaat soll die Landesbühnen selbst finanzieren und dauerhaft mehr Geld in die Kulturräume geben. Alle sieben Jahre mögen externe Sachverständige das Kulturraumgesetz überprüfen. Und regelmäßig soll es einen öffentlichen Kulturraumbericht geben, damit alle Beteiligten mitreden können.

Verbeamtete Lehrkräfte als Rettung?

Der neue Kultusminister Frank Haubitz hat seine Regierung überrumpelt, als er mittels eines Briefs an alle Schulleitungen die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in die Debatte warf. Er sieht sie als wirksames Mittel, um mehr Männer und Frauen für den Schuldienst zu gewinnen. In den letzten Jahren wurde die Verbeamtung immer wieder diskutiert, aber stets wegen hoher Folgekosten verworfen. Diese Debatte flammt nun wieder auf, vor allem in der CDU-Fraktion. Die war Medienberichten zufolge „entrüstet“ über den Vorstoß, es habe in der Fraktionssitzung „ordentlich gekracht“. Michael Kretschmer betrachtet das Vorgehen als „suboptimal“. Sachsens oberster Schulleiter Haubitz gab zu Protokoll: „Ich habe da einen Fehler gemacht. Ich kannte mich nicht ganz so aus, dass man sich in der Politik da an bestimmte Regeln halten muss.“ Er wird schnell dazulernen müssen.

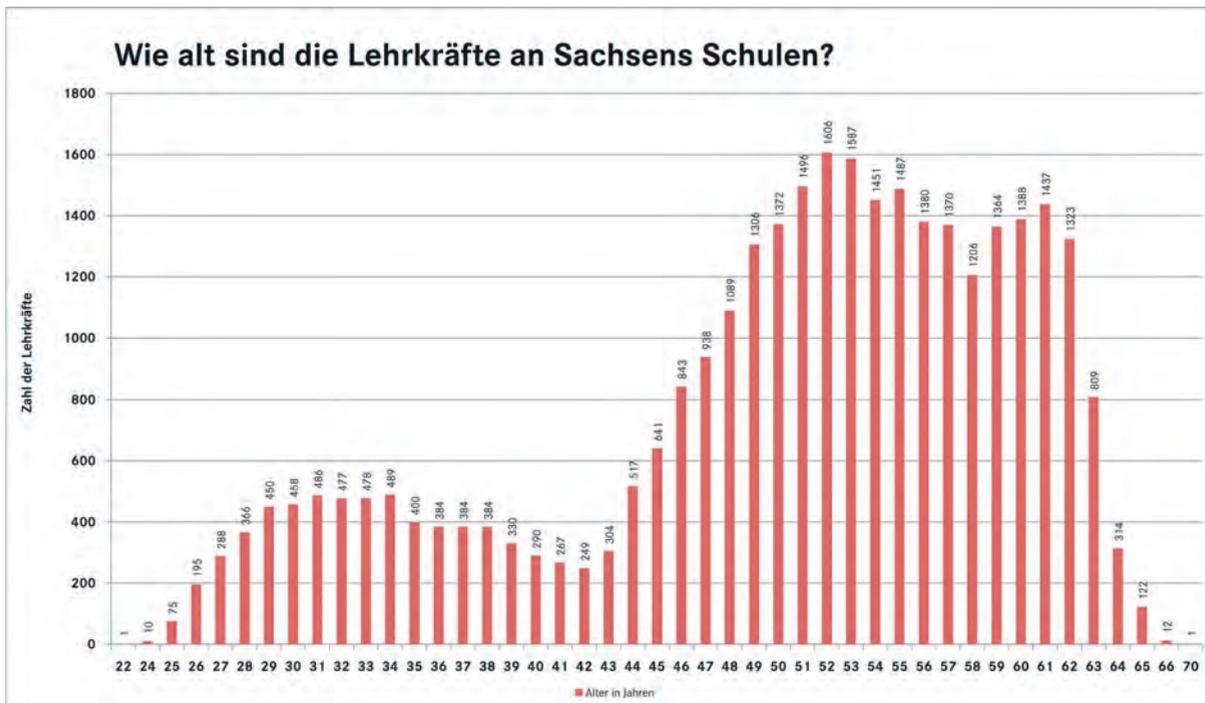
Spannend bleibt, ob Haubitz gegen die CDU-Finanzpolitik-Riege bestehen kann. Berechnungen laufen, aber es werden „Pensionslasten“ in Milliardenhöhe befürchtet. Der Ausgang ist offen, zumal auch die SPD bisher die Verbeamtung nicht mittragen will.

Die **LINKEN-Bildungspolitikerin Cornelia Falken** ist skeptisch, ob der Lehrkräftemangel mit der Verbeamtung behoben werden kann. Dieser Schritt würde für Missstimmung in den Lehrerkollegien sorgen. Wegen der 46-Jahre-Altersgrenze könnten mehr als drei Viertel nicht verbeamtet werden (siehe Grafik). An Oberschulen und Grundschulen, wo der Mangel am schlimmsten ist, käme es kaum zu einer Linderung. Nach dem Beamtengesetz dürfen auch weder Teilzeitbeschäftigte noch Seiteneinsteiger verbeamtet werden, auch nicht Lehrkräfte, die an anderen Schularten unterrichten

als der, für die sie ausgebildet sind. Die CDU mag meinen, verbeamtete Lehrkräfte in Mangelregionen abordnen zu können: Beamte sind aber keine beliebige Verschiebemasse. Zu bedenken ist auch, dass Lehrkräfte nicht allzu staatsnah sein sollten.

Die Alternative zur Verbeamtung wären gerechte Gehälter (Entgeltgruppe 13) an allen Schularten und eine tarifliche Ausgleichszahlung zum Beamtenverhältnis anstelle windiger Zulagen, die jederzeit entzogen werden können. Das Lehrpersonal muss kontinuierlich und nicht in Wellen entwickelt werden. Die Linksfraktion will einen Landestarifvertrag, der eine attraktive Vergütung gewährleistet.

Am Tag des Drucks dieser Ausgabe wollte die CDU-Fraktion eine Sondersitzung abhalten. Wir sind gespannt, was von Haubitz' Vorstoß übrig bleibt.



LINKE für politische Bildung ab Klasse 5

Auch der zweite „Sachsenmonitor“ liefert alarmierende Zahlen: 42 Prozent der 18- bis 29-jährigen Befragten stimmen der Aussage zu, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Zwölf Prozent meinen, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“. Zehn Prozent glauben, es gebe „wertvolles und unwertes Leben“.

Sicher, mit politischer Bildung allein ist es nicht getan. Aber sogar Ministerpräsident Tillich räumt ein: „Wir haben uns zu wenig um die politische Bildung gekümmert“. Thomas Krüger, Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, kritisiert die Bevorzugung der Naturwissenschaften. Und selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung befindet, dass der Freistaat in der schulischen politischen Bildung hinter den anderen Ländern liegt. In Baden-

Württemberg oder Nordrhein-Westfalen werden viel mehr Stunden erteilt.

Die Linksfraktion will die politische Bildung ausweiten. Wir haben im Landtag gefordert (Drucksache 6/8876), den Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde inhaltlich und methodisch-didaktisch auf den neuesten Stand politikwissenschaftlicher und soziologischer Erkenntnisse zu bringen. Ausdruck dieser Modernisierung soll auch der neue Fachname „Politische Bildung“ sein. **LINKEN-Bildungsexpertin Cornelia Falken** begründet das so: „Der Wortbestandteil ‚kunde‘ deutet darauf hin, dass etwas verkündet wird, Lehrer also nur Wissen vermitteln. Wir wollen hingegen, dass die Schüler selbstständig lernen, mit Unterstützung des Lehrers.“ Ein fächerübergreifender Praxisbereich sei wichtig. Die politische Bildung dürfe nicht erst in der 9. Klasse beginnen, sondern müsse ab Klasse

5 ein Zwei-Stunden-Fach sein. Falken mahnte: „Große Teile der Bevölkerung fühlen sich von der Landespolitik nicht mehr repräsentiert. Der Unmut über die herrschende Politik artikuliert sich in Wahlenthaltung und öffentlichen Protesten, oft in aggressiver Form.“ Die CDU sah keinen Handlungsbedarf. Der ist aber groß – sonst kann auch der nächste Sachsenmonitor keine Trendwende belegen.



Lebensmittel öfter kontrollieren

*EHEC, Dimethoat im Wein, Fipronil in Eiern: Lebensmittelkandale machen Furore. Herrscht Ruhe, kann das bedeuten, dass alles gut ist – aber auch, dass Belastungen unentdeckt bleiben, weil zu selten kontrolliert wird. In Sachsen kann letzteres der Fall sein. Eine Große Anfrage (Drs 6/6278) der Linksfraktion zeigt: Die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen ebenso wie die unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden haben zu wenig Personal, das zudem einen hohen Altersdurchschnitt hat. Bei der Landesanstalt sollen weitere Stellen wegfallen, außerdem werden zu wenige Fachkräfte ausgebildet. „Das macht es den engagierten Kontrolleurinnen und Kontrolleuren unheimlich schwer“, kritisiert **LINKEN-Verbraucherschutzpolitikerin Janina Pfau**. Dabei wachsen die Anforderungen, denn die Produktion von Lebensmitteln wird immer komplexer. Wir fordern von der Staatsregierung: Schluss mit dem Stellenabbau! Mehr Werbung für den Beruf „Lebensmittelkontrolleur/in“! Außerdem brauchen die Kontrollbehörden eine bessere Ausstattung, insbesondere mit Dienstfahrzeugen.*

Kandidatenrechte verletzt – Wahlrecht ändern!

Lange hatte der Einspruch eines AfD-Bewerbers für Debatten gesorgt, ob der Landtag neu gewählt werden muss. Vertrauensleute der Partei hatten den in Ungnade Gefallenen auf Beschluss des Landesvorstands von der Liste gestrichen. Der Wahlprüfungsausschuss hat inzwischen festgestellt, dass dieses Vorgehen die Mandatsverteilung nicht beeinflusst hat, die Volksvertretung also korrekt zusammengesetzt ist. Das letzte Wort hat jetzt der Verfassungsgerichtshof. Aus Sicht der Linksfraktion hat das Vorgehen der AfD jedenfalls die subjektiven Rechte des Kandidaten verletzt, es war undemokratisch. Um solche Fälle künftig auszuschließen, wollen wir das Wahlprüfungsgesetz und das Wahlgesetz ändern. Die Wahlprüfung soll sich auch der Frage widmen, ob Rechte von Kandidierenden bei der Aufstellung verletzt worden sind. Um die innerparteiliche Demokratie zu schützen, sollen die Vertrauensleute nur noch zum Rotstift greifen dürfen, wenn eine entsprechende Aufstellungsversammlung sie dazu ermächtigt. Einen solchen Gesetzentwurf (Drs 6/11223) haben wir in den Landtag eingebracht.



Plenarspiegel November 2017

Die 62. und die 63. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 15. und 16. November 2017 statt. Zu Beginn wurde auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE Mirko Schultze anstelle von Anja Klötzbücher zum Schriftführer gewählt. Die Fraktion DIE LINKE war dann mit diesen parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Hinter Gittern? Drohenden Kollaps in den Justizvollzugsanstalten abwenden!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Errichtung der Unabhängigen Ombudsstelle der Sächsischen Polizei“
(Drs 6/5439)

„Gesetz über die kommunalen Migrationsbeauftragten“
(Drs 6/6371)

„Gesetz zur Stärkung des subjektiven Rechtsschutzes und der innerparteilichen Demokratie bei Wahlen zum Sächsischen Landtag“ (Drs 6/11223)

„Gesetz zur Weiterentwicklung der Kulturräume“ (Drs 6/11224)

Große Anfrage

„Lebensmittelüberwachung in Sachsen“ (Drs 6/6278) mit Entschließungsantrag Drs 6/11272

Anträge

„Politische Bildung in Schulen erneuern – Gemeinschaftskunde modernisieren und ausweiten“
(Drs 6/8876)

„Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Regierungsfähigkeit der Staatsregierung bei der Lösung der drängendsten Probleme in Sachsen“
(Drs 6/11196)

„Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte, Selbstständige und Freiberufler – eine Kasse für alle!“ (Drs 6/8129)

Alle Drucksachen unter
www.edas.landtag.sachsen.de

Zwischen Rollenspiel und Bürgerwehr

Sind die Reichsbürger ein Hype oder eine echte Gefahr? Das war eine Frage des Fachgesprächs „Zivilgesellschaft und Antifaschismus“, zu dem Kerstin Köditz Ende Oktober engagierte MitstreiterInnen aus zivilgesellschaftlichen Vereinen und Projekten eingeladen hatte. Neu ist das Thema aus parlamentarischer Sicht nicht: Schon 2004 hatte die damalige PDS-Fraktion sich in einer Großen Anfrage bei der Staatsregierung nach Aktivitäten der Reichsbürger in Sachsen erkundigt – und zur Antwort erhalten, dass keine Erkenntnisse vorlägen. Über Jahre behielt das Innenministerium die Ansicht bei, dass eine Reichsbürger-Bewegung im Freistaat nicht existiere. Dabei war hier schon vor gut fünf Jahren mit dem „Deutsche Polizei Hilfswerk“ eine hochorganisierte und gewaltbereite Gruppe aus diesem Spektrum hervorgegangen.

Die offizielle Ansicht änderte sich, nachdem im Oktober 2016 ein bayrischer Reichsbürger einen Polizisten erschossen hat. Inzwischen wird die Szene durch „Verfassungsschutz“-Behörden beobachtet und Innenminister Markus Ulbig (CDU) versprach dem Parlament, dafür zu sorgen, „dass solche Typen nicht in den Besitz von Waffen kommen.“ Das Problem ist, dass sie die Waffen längst haben, aber dem Innenministerium ein Überblick bis heute fehlt. Das zeigen neue LINKE-

Anfragen: Nach langem Bohren wurden Anfang 2017 erstmals Zahlen genannt. Rund 400 Sächsinen und Sachsen gehören demnach zur Reichsbürger-Szene, die das Bestehen der Bundesrepublik leugnet und zum Teil von der Fortexistenz des Deutschen Reiches ausgeht, teils Schein-Staaten ausruft. Deutliche Bezüge zum Gedankengut der extremen Rechten sind dabei die Regel. Inzwischen hat sich die Zahl in Sachsen schon auf 1.200 verdreifacht, bundesweit sollen es 15.000 sein. Zu sehen ist bisher nur die Spitze des Eisberges.

Wichtige Einsicht beim Fachgespräch: Über Reichsbürger wissen wir noch viel zu wenig. Aus einer Fallauswertung lässt sich aber ein Profil heraus Schälen. Die Anhängerinnen und Anhänger der Reichsbürger konzentrieren sich deutschlandweit in östlicher und südlicher Richtung, meist sind es Männer mittleren und gehobenen Alters, deutlich älter als die übliche rechte Szene. Und anders als bei der restlichen extremen Rechten sind Groß- und Mittelstädte keine Reichsbürger-Hochburgen, die liegen vielmehr im ländlichen Raum. Diese charakteristische Stadt-Land-Schere könnte zur Erklärung des Phänomens beitragen: Reichsbürger sind dort stark, wo der Gang zu Ämtern und Behörden besonders lang ist, wo „der Staat“ wenig bietet, aber den eigenen Rückzug erkennbar macht durch

die immer desolateren Infrastruktur, die er hinterlässt. Die Reichsbürger reagieren in dieser Situation völlig autoritär, sie wollen eine eigene Ordnungsmacht aufstellen oder wenigstens nachahmen. Die Grenzen zwischen gemeinschaftlichem Rollenspiel und organisierter Bürgerwehr sind dabei fließend. So war die oben genannte Fake-Polizei mit eigenen Uniformen ausgestattet und hat kurzerhand einen unliebsamen Gerichtsvollzieher „gefangengenommen“ und gefesselt.

Die Gefahr bleibt und mit ihr die Frage nach den Gegenstrategien, denn mit markigen Ankündigungen des Innenministers kann es nicht getan sein. Wichtig in der Diskussion beim Fachgespräch war der kritische Blick auf die Belange des ländlichen Raumes. Die Probleme dort sind nämlich real und drängend. Und die Reichsbürger sind nur eine politische Kraft von mehreren, die solche Probleme nicht lösen, sondern sie mit derzeit wachsendem Erfolg von rechts ausbeuten wollen.

Kerstin Köditz

Zum Thema erscheint in Kürze eine Broschüre von Kerstin Köditz, der Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Landtag. Die Broschüre kann kostenlos bei der Fraktion abgefordert und auf ihrer Website abgerufen werden: www.kerstin-koeditz.de



Bild: Krawattenträger / Wikimedia Commons

76.000 Euro für Tillichs Fenster

Sicher, Stanislaw Tillich ist politisch eine „lame duck“ – eine lahme Ente, denn er steht kurz vor seinem Abgang. Die Aufmerksamkeit gilt seinem möglichen Nachfolger. Das ist aber kein Grund, wegzuschauen, wenn es um den privaten Hausverkauf jenes Mannes geht, der fast zehn Jahre lang der sächsische Regierungschef war.

Wir hatten bereits berichtet, dass Tillich sein früheres Wohnhaus in Panschwitz-Kuckau veräußert. In einer entsprechenden Anzeige wurden dessen Vorteile hervorgehoben, unter anderem: „Fenster komplett neu 2006, dadurch sehr einbruchssicher“. Um die Sicherheit des Regierungsmitglieds zu erhöhen, waren Umbauten vorgenommen worden – die könnten sich nun beim Verkauf für Tillich auszahlen. Unser **Abgeordneter André Schollbach** hat die Staatskanzlei

gefragt, welche Wertsteigerung die neuen Fenster gebracht haben. Die Antwort: „Die Fenster erhöhen das Sicherheitsniveau des Hauses.“ Und: „Die finanziellen Aufwendungen für den Einbau bzw. die Ertüchtigung der Sicherheitsfenster betragen 76.073,00 Euro.“ Besonderes Geschmäckle: Die Familie Tillich hatte 2006 auf eigene Kosten neue Fenster einbauen lassen, die Sicherheitsfenster wurden erst 2008 eingesetzt. Die Werbe-Aussage „Fenster komplett neu 2006, dadurch sehr einbruchssicher“ kann also mindestens als missverständlich gelten.

Sollte Tillich mit den Umbauten tatsächlich „Geld machen“, müsste er jedenfalls die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abfinden. Denn die haben den Sicherheitsgewinn bezahlt und damit den Marktwert der Immobilie erhöht.

Termin

**Fachgespräch
„Verbesserung der Situation bei der frühkindlichen Bildung in Sachsen“**

23. Januar 2018, 17 bis 19 Uhr
Sächsischer Landtag, A 467

Mit Vertreterinnen und Vertretern des Kita-Graswurzelbündnisses „Weil Kinder Zeit brauchen!“, Marion Junge, Sprecherin für Kindertageseinrichtungen, und Cornelia Falken, Bildungspolitische Sprecherin.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag